

Kleinwasserkraftwerk ist in Planung

In Rothenbrunnen kann ein Kleinwasserkraftwerk gebaut werden. Die Gemeindeversammlung hat den Konzessionsvertrag genehmigt.

Rothenbrunnen. – Die Kraftwerke Rothenbrunnen AG plant zurzeit den Bau eines Kleinwasserkraftwerks in der Gemeinde. Der Vertrag über die Verleihung des Wasserrechts wurde an der Gemeindeversammlung vom vergangenen Donnerstag vorgestellt und einstimmig genehmigt.

8-Millionen-Investition

Im Konzessionsvertrag sind Vertragsdauer und Entschädigung für die Gemeinde geregelt. Die Investitionskosten für das Gesamtprojekt belaufen sich auf rund acht Millionen Franken, wie Gemeindepräsident Richard Peretti auf Anfrage sagte. Während 60 Jahren darf die Kraftwerke Rothenbrunnen AG Wasser der Gemeinde nutzen. Im Kleinwasserkraftwerk sollen pro Jahr 2,5 Millionen Kilowattstunden produziert werden.

Weiter wurde der Kreditbeschluss von 30 000 Franken für die Sanierung der Dorfstrasse einstimmig gesprochen. Zudem beteiligt sich Rothenbrunnen mit 22 300 Franken an der Sanierung der Badeanlage Thusis. (so)

Alvaschein mit Ertragsüberschuss

Alvaschein. – Die Gemeindeversammlung von Alvaschein hat am Freitag die Jahresrechnung 2009 genehmigt. Sie schliesst mit einem Ertragsüberschuss von rund 70 000 Franken. Ausserdem wurde für die Sanierung der Transformatorstation Sulom ein Kredit von 38 500 Franken gesprochen. Für 25 000 Franken saniert werden kann auch die Verteilerkabine Sulom. (so)

ANZEIGE

Privatklinik
HOHENEGG



«Bei uns finden Sie neuen Mut.»

Prof. Dr. med. Daniel Hell
Leiter Kompetenzzentrum
Depression und Angst

www.hohenegg.ch, Tel: 044 925 12 12
Meilen am Zürichsee
Member of The Swiss Leading Hospitals

ANZEIGE

www.kinochur.ch
KINOAPOLLO Badusstrasse 10 081 258 34 34

The Expendables – Action-Spektakel der alten Klasse mit riesigem Superstar-Aufgebot, mit Sylvester Stallone
18.45, 21.00 Deutsch ab 16 J.

KINOCENTER Theaterweg 11 · 081 258 32 32

Das A-Team – Der Film – Vier Männer einer militärischen Spezialeinheit wurden wegen eines Verbrechens verurteilt, das sie nicht begangen hatten, mit Jessica Biel
18.30 Deutsch ab 12 J.

Grown Ups – Kindschöpfe – Coole Gags und herzhaftes Lachen in der Kinokomödie dieser Saison!
18.30 Deutsch ab 12 J.

Step up 3 – Heisse Musik, heisse Moves, heisse Choreos!
18.45 Deutsch ab 12 J.

Inception – Futuristischer Thriller über den Diebstahl von Gedanken, mit DiCaprio, von Christopher Nolan
20.45 Deutsch ab 12 empf. 14 J.

Salt – Angelina Jolie ist zurück, in einem packenden Thriller, der neue Massstäbe setzt
21.00 Deutsch ab 16 J.

Letters to Juliet – Bezauberndes Romantikdrama unter der Regie von Gary Winick, mit Amanda Seyfried
21.00 Deutsch ab 12 J.

Jugendschutz: Unbegleitet dürfen Jugendliche unter 16 Jahren und Kinder im Rahmen des festgelegten Zutrittsalters Filmvorführungen besuchen, die bis spätestens 21.00 Uhr beendet sind. In Begleitung Erwachsener dürfen sie alle Filmvorführungen besuchen, falls sie das festgelegte Zutrittsalter nicht um mehr als 2 Jahre unterschreiten. Die Verantwortung für die Einhaltung der Altersbestimmungen liegt bei der Begleitperson.

Fundamentalismus oder bloss ein härterer politischer Ton?

Eine 15-jährige Muslimin aus Bad Ragaz soll in der Churer Moschee radikalisiert worden sein. Was für Sektenspezialisten kein Einzelfall ist, wird von Muslimen in Frage gestellt. Unbestritten ist, dass der Ton schärfer geworden ist.

Von Olivier Berger

Bad Ragaz/Chur. – Der Fall macht seit Wochen Schlagzeilen: Eine 15-Jährige aus Bad Ragaz will trotz eines einschlägigen Verbots der Behörden mit Kopftuch zur Schule gehen. Vor Wochenfrist schrieb die Zeitung «Sonntag», das Mädchen habe sich erst nach dem Besuch des Religionsunterrichts in der bosnischen Moschee in Chur – und gegen den Ratsschlag ihrer Eltern – dazu entschieden, das Kopftuch anzulegen.

Für den Sektenspezialisten Georg O. Schmid ist die Bad Ragazer Schülerin kein Einzelfall. «Seit einigen Jahren hören wir immer wieder von Fällen, wo Muslime in den Moscheen der Deutschschweiz radikalisiert werden», sagt Schmid. Kontaktiert werde die Sektenspezialisten von «Personen aus dem Umfeld Betroffener wie Eltern, Partnern, Lehrpersonen und Lehrmeistern». Fachmann Schmid sieht eine «schleichende Fundamentalisierung» vor allem in Glaubensgemeinschaften, die sich bisher einem liberalen Islam verschrieben hatten. «Betroffen sind vor allem bosnische und albanische Moscheen.»

Eine Handvoll mit Kopftuch

Eine Radikalisierung seiner Moschee sieht Bajzit Sijaric nicht. Für den Präsidenten der bosnischen Gemeinschaft Chur ist die 15-jährige Ragazerin eine Art Einzelfall. «Wir haben in unserer Gemeinschaft rund 200 Familien, und nur eine Handvoll Frauen trägt das Kopftuch im Alltag.» Dabei, so Sijaric, handle es sich um die persönliche Entscheidung der betroffenen Frauen. «Diese Entscheidung haben wir zu akzeptieren.»

Nicht vorstellen kann sich Sijaric, dass dem Ragazer Mädchen in der Churer Moschee gesagt worden sei, sie müsse das Kopftuch tragen, wenn sie ins Paradies wolle, wie dies in den letzten Tagen in den Medien kolportiert wurde. Tatsächlich gilt der Churer Imam, welcher dem Mädchen Religionsunterricht erteilt hatte, als aufgeschlossen und liberal. Diesen Eindruck bestätigt Samuel Behloul, Lehrbeauftragter am religionswissenschaftlichen Seminar der Universität Luzern. Behloul hat im Rahmen eines nationalen Forschungsprojekts bosnische und albanische Glaubensgemeinschaften in der Schweiz untersucht und dabei auch mit dem Churer Imam gesprochen. «Er wendet in seinem Unterricht beispielsweise sehr zeitgemässe Methoden an», so Behloul.

Der politische Ton wird forscher

Die Kantonspolizei Graubünden beobachtet die Entwicklungen in der Churer Moschee im Rahmen ihres nachrichtendienstlichen Auftrags des Bundes. «Verstärkt worden sind diese Aufgaben in letzter Zeit aber nicht», betont Mediensprecher Thomas Hobi.

Eine generelle Radikalisierung der



«Das haben wir zu akzeptieren»: Für Bajzit Sijaric, Präsident der bosnischen Gemeinde Chur, sind Frauen, die das Kopftuch im Alltag tragen, die Ausnahme. Bild Theo Gstöhl

bisher liberalen Schweizer Moscheen hat Forscher Behloul bisher nicht ausgemacht. «Es gibt», sagt er, «allerdings durchaus Einzelpersonen, welche wertkonservative Ansichten vertreten.» Weil das Thema nicht erforscht sei, könne kaum von einer schleichenden Fundamentalisierung gesprochen werden. «In einzelnen Moscheen kann aber von radikalen Ansätzen gesprochen werden.»

Farhad Afshar, Präsident der Koordinationsorganisationen der Schweiz (Kios) und Mitglied des Rats der Religionen, sieht die Verschärfung von Tonfall und Absichten weniger im religiösen denn im politischen Umfeld. «Spätestens seit der Minarett-Abstimmung gibt es junge,

in der Schweiz geborene Muslime, die sich nicht mehr gefallen lassen wollen, wie eine bestimmte Partei mit ihnen umgeht.»

Für Afshar ist es kein Zufall, dass sich inzwischen vor allem der Islamische Zentralrat der Schweiz der Ragazer Schülerin annimmt und als deren Vertretung auftritt. «Der Zentralrat nützt die Stimmung aus, die unter den jungen Muslimen herrscht.» Für Forscher Behloul ist der Ragazer Fall für den Zentralrat «eine tolle Gelegenheit, sich in Szene zu setzen». Viele Muslime mit Migrationshintergrund hätten das Gefühl, in der Schweiz zwischen den Stühlen zu sitzen und am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erfolg nicht teilhaben zu können. «Der Zentralrat profitiert von diesen Enttäuschten.»



Streitobjekt Kopftuch: Im Kanton St. Gallen ist es jungen Musliminnen unter sagt, mit dem Kopftuch zur Schule zu gehen. Bild Keystone

Abdel Azziz Qasim Illi, Mediensprecher des Islamischen Zentralrats, widerspricht Behlouls Aussage nicht.

Bad Ragaz ist kein Einzelfall

«Wir sind für alle offen, und alle Muslime in der Schweiz sind enttäuscht», erklärt er. Dass sich der Zentralrat des Bad Ragazer Falls angenommen habe, sei nur logisch, weil er sich als Basisorganisation verstehe, die – im Gegensatz zu den Dachverbänden – den einzelnen Muslimen eine Stimme geben wolle – politisch und notfalls juristisch. «Wir haben uns ja gerade gegründet, um solche Fälle wie jenen in Bad Ragaz aufgreifen zu können», betont Illi. Der Anstoss im vorliegenden Fall sei übrigens nicht vom Zentralrat ausgegangen, sondern von der Betroffenen selber. Illi erwähnt vier ähnlich gelagerte Fälle, «in denen Personen wegen einer zunächst subjektiv empfundenen Diskriminierung an den Zentralrat gelangt sind und welche nun entweder bereits Teil eines juristischen Verfahrens sind oder sich in der Einigungsphase zwischen den Betroffenen befinden».

Forscher Behloul sieht zumindest einen Teil der Motivation der Mitglieder des Zentralrats eher im persönlichen Bereich. Diesen gehe es möglicherweise auch darum, sich der Allgemeinheit und sich selber als echte Muslime zu beweisen. «Sie haben aber auch das Sendungsbewusstsein entwickelt, der ganzen Schweiz zeigen zu wollen, was ihrer Meinung nach ein echter, reiner sunnitischer Islam ist.»

Verbot ist im Kanton Graubünden kein Thema

Anders als im Kanton St. Gallen, wo das Erziehungsdepartement kürzlich eine entsprechende Empfehlung erlassen hat, ist ein Kopftuchverbot in Graubünden derzeit kein Thema. Die Frage der Kopfbedeckung, sagt Erziehungsdirektor Claudio Lardi, sei «nicht so wichtig». «Wichtiger ist, was unter der Bedeckung und den Haaren ist und wie es der Schule gelingt, die Schülerinnen und Schüler zu starken Persönlichkeiten zu machen, die mit Heterogenität umgehen können.» Weder im Departement noch der

Regierung sei das Thema Kopftuchverbot bisher «sehr wahrnehmbar» diskutiert worden, so Lardi. Er habe zwar eine E-Mail zum Thema erhalten, werde die Kopfbedeckung aber nicht von sich aus aufgreifen. Für Lardi ist aber klar, dass muslimische Schülerinnen am Turn- und Schwimmunterricht teilnehmen müssen.

Bei der Stadtschule Chur ist eine Kopftuchregelung bisher nicht diskutiert worden, wie Schuldirektor Gion Caviezel betont. Es gebe in der Schulordnung einen Passus über an-

ständige Kleidung. «Die Schüler haben unter anderem alles zu unterlassen, was den Unterricht stören könnte.» Konfrontiert worden sei die Stadtschule mit dem Thema Kopftuch bisher nicht.

Sollte die Bad Ragazer Schülerin, wie sie dies angekündigt hat, allenfalls in den Kanton Graubünden ziehen wollen, wäre das für die Bündner Behörden laut Regierungspräsident Claudio Lardi kein Problem. «Das Mädchen würde ganz normal in die Schule aufgenommen werden.» (obe)